

FOS/BOS: Stadt will nicht für alle zahlen

BILDUNG Jetzt soll der Ministerialbeauftragte einschreiten und neue Schüler, die nicht aus Stadt und Landkreis kommen, „umleiten“.

VON CLAUDIA BÖKEN, MZ

REGENSBURG. Der Streit um die Berufliche Oberschule erreichte gestern Abend einen neuen Höhepunkt. Im Schulausschuss musste sich die kräftig austeilende Linken-Stadträtin Irmgard Freihoffer sagen lassen, sie betätige sich als „Märchenerzählerin aus 1001 Nacht“ und sei eine „Meisterin der Demagogie“, die „in der Tradition der SED“ agitiere. Sie hatte zuvor der Stadt unterstellt, die wollte die Schulleitung dazu bringen, sich gesetzeswidrig zu verhalten, sprach von einer „Geheimmission“, die sie „unanständig“ nannte, von einem Feilschen wie auf einem orientalischen Basar und warf Bürgermeister Gerhard Weber vor, sich nicht recht zwischen einem neuen Stadion und einer FOS/BOS entscheiden zu können.

Bürgermeister Gerhard Weber konterte, das Raumproblem in der FOS/BOS sei ein Schulproblem für die ganze Oberpfalz und Niederbayern. Für das kommende Schuljahr seien 1020 neue Schüler angemeldet, davon 145 (14,2 Prozent), die nicht aus der Stadt und dem Landkreis Regensburg stammten. „Warum soll die Stadt Regensburg dafür ein zusätzliches Schulgebäude zur Verfügung stellen?“, fragte er. Für den Fall, dass die vorhandenen Räume nicht ausreichen, sei es Sache des Ministerialbeauftragten, den Bewerbern innerhalb der ersten zehn



Der Kampf um Raumnot und Einhäusigkeit von FOS/BOS geht seit Jahren.

Foto: MZ-Archiv

MASSNAHMEN IN 30 JAHREN

► **Inden Jahren 1981/82** fand die erste Sanierung und der Umbau der Fachoberschule statt. Damals wurden in zwei Erdgeschossige Anbauten Pausenhalle

und Mehrzweckraum erstellt.

► **Im Jahr 2002** erstellte die Stadt einen Anbau an das Hauptgebäude Landshuter Straße mit insgesamt zwölf Räumen.

► **Im Jahr 2008** kaufte die Stadt für 500 000 Euro sieben Container, die auf dem Gelände des Hauptgebäudes aufgestellt wurden.

Unterrichtstage eine ihrem Wohnort nahe Schule zuzuweisen.

Die ehemalige Oberbürgermeisterin Christa Meier, SPD, hielt Freihoffer vor, aus einem Schreiben des Kultusministeriums falsch zu zitieren oder es missverstanden zu haben. Tatsächlich habe die Stadt die Pflicht, dafür zu sorgen, dass die Kinder aus dem eigenen Einzugsbereich die Schule besuchen könnten, aber nicht die aus Städten wie Kelheim, Schwandorf, Straubing

oder Cham, die selbst Schulstandorte seien. Regensburg könne schließlich nicht für alle bezahlen und damit eine ganze Region schulisch entvölkern. Die Forderung Freihoffers, zusätzlich zur Landshuter Straße und zum Ziegelweg das Gebäude der ehemalige Bundesweherschule zur Verfügung zu stellen, lehnte der Schulausschuss gegen drei Stimmen ab. Dieses Gebäude sei für Notfälle bestimmt, beispielsweise, wenn das Gebäude am Ziegel-

weg plötzlich wegen Schadstoffen über Nacht geräumt werden müsse.

CSU, SPD, Grüne und FDP nahmen den Beschlussvorschlag von Bürgermeister Weber an, in dem der Ministerialbeauftragte aufgefordert wird, die nicht aus Stadt und Landkreis stammenden Bewerber ihren jeweiligen Heimatlandkreisen zuzuweisen. Sollte es danach noch Raumbedarf geben, werde die Verwaltung beauftragt, eine Lösung zu suchen.